

Quelle: Interview d'Hans Tietmeyer / HANS TIETMEYER, Elena Danescu, prise de vue : Alexandre Germain.- Paris: CVCE [Prod.], 10.02.2011.CVCE, Sanem. - VIDEO (01:45:30, Couleur, Son original).

Urheberrecht: Transcription CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: <http://www.cvce.eu/obj/-de-b021906a-4402-48d1-aad2-6309142a0161.html>

Publication date: 04/07/2016



Transkription des Interviews mit Hans Tietmeyer (Königstein im Taunus, 10. Februar 2011) – In voller Länge

Inhaltsverzeichnis

I. Der „Werner-Bericht“.....	1
II. Der Delors-Ausschuss und der Vertrag von Maastricht.....	7
III. Die Vorbereitungen auf die gemeinsame Währung und die Bundesbank.....	11
IV. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken	13
V. Mitglieder und Nicht-Mitglieder des Euro.....	14
VI. Die Rolle der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ).....	16
VII. Die Zukunft des Euro.....	17

I. Der „Werner-Bericht“

[François Klein] Herr Präsident, guten Tag.

[Hans Tietmeyer] Guten Tag.

[François Klein] Wir befinden uns heute, am 10. Februar 2011 in Königstein, und ich möchte Ihnen recht herzlich danken, dass Sie sich für dieses Interview zur Verfügung gestellt haben, um gemeinsam einige grundlegende Aspekte der Geschichte der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion näher zu beleuchten.

Beginnen möchte ich dieses Interview mit einigen Fragen zum Werner-Bericht.

Im Anschluss an den Gipfel von Den Haag im Dezember 1969 wird Pierre Werner mit dem Vorsitz eines Sachverständigenausschusses betraut, der die Möglichkeiten zur Verwirklichung einer stufenweisen Wirtschafts- und Währungsunion ausloten soll. Zu jener Zeit waren Sie Referent für Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft, und Sie nehmen als Stellvertreter von Johann Baptist Schöllhorn, Vorsitzender des Ausschusses für mittelfristige Wirtschaftspolitik, an den Arbeiten des Werner-Ausschusses teil. Bezüglich der Ziele des Haager Gipfels sagte Raymond Barre: „Dieser Beschluss der Staats- und Regierungschefs war eine Entscheidung, die aus einer Vereinbarung zwischen Georges Pompidou, dem Bundeskanzler Willy Brandt und Jean Monnet entstanden war.“

Wissen Sie mehr über diese vertraulichen politischen und währungspolitischen Verhandlungen, die der Einrichtung des Werner-Ausschusses vorausgingen, und über die Einstellung von Bundeskanzler Willy Brandt?

[Hans Tietmeyer] Leider weiß ich über die Details der Gespräche nicht Bescheid, die damals stattgefunden haben. Aber wir hatten ja in den Jahren zuvor, insbesondere 1968/69 eine Reihe von schwerwiegenden Kontroversen und Konflikten im Währungsbereich in Europa erlebt, als Folge übrigens der Schwäche des Dollars auf der einen Seite und auf der anderen Seite der Stärke der D-Mark und des holländischen Guldens auf der anderen Seite. Und diese Frage hat dann ja auch eine erhebliche Rolle im deutschen Wahlkampf gespielt, im deutschen Wahlkampf 1969. Und nachdem Brandt Kanzler geworden war, hat er natürlich jetzt das Gespräch auch mit den anderen Ministerpräsidenten oder Regierungsleitern in Europa in Gang gesetzt. Über die Details dieser Gespräche weiß ich nichts, ich weiß nur, dass wir damals einen Plan ausgearbeitet hatten für eine Währungsunion, für die Entwicklung, für die stufenweise Entwicklung einer Währungsunion, und

hatten damit auch dem Kanzleramt signalisiert, dass wir grundsätzlich sehr wohl bereit seien, den Weg in eine Wirtschafts- und Währungsunion zu gehen, dass wir ihn sogar für notwendig hielten, wenn er solide auf einem klaren Fundament aufgebaut war. Das war der entscheidende Punkt. Also, an den Gesprächen selbst habe ich nicht teilgenommen, aber wir haben mit großem Interesse dann das Ergebnis des Haager Gipfels zur Kenntnis genommen, das ja wohl auch das Ergebnis einer Absprache zwischen Pompidou und Brandt war. Denn es ging ja um zwei Fragen: das eine, die Erweiterung der Gemeinschaft über die Sechser-Gemeinschaft hinaus, die bis dato von französischer Seite immer blockiert wurde, und zum zweiten die Vertiefung der Gemeinschaft in Richtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, wozu es von französischer Seite keinen Gesamtplan gab, aber immer wieder gedankliche Anstöße. Und diese hatten wir auch übernommen und haben ... hatten schon einen eigenen Plan entwickelt.

[François Klein] Erinnern Sie sich an die Umstände der Ernennung Pierre Werners. Wer brachte seinen Namen ins Spiel, und gab es einen Konsens hinsichtlich seiner Ernennung?

[Hans Tietmeyer] Soweit ich weiß, ist er von der damaligen belgischen Präsidentschaft, und zwar Baron Snoy, ins Spiel gebracht worden, denn man hatte sich ja darüber verständigt, eine Arbeitsgruppe einzurichten, in der die Vorsitzenden der verschiedenen Fachausschüsse saßen. Luxemburg hatte keinen Vorsitz in einem Fachausschuss, und es war dann aber klar, dass Luxemburg natürlich vertreten sein musste, und darauf hatte dann die wohl die belgische Seite vorgeschlagen, dass Luxemburg durch den Ministerpräsidenten selbst vertreten würde. Das war aber eine oder zwei Etagen höher als alle anderen Mitglieder. Denn alle anderen kamen aus den Administrationen, während er auf der obersten Ebene tätig war, und damit war klar, als dieser Vorschlag kam, dass dann die Präsidentschaft auch an Pierre Werner, den luxemburgischen Ministerpräsidenten, gehen musste. Ganz abgesehen davon, dass er schon damals auch eine sehr hohe Reputation im politischen Bereich hatte. Er war ja auch einer der wenigen Ministerpräsidenten, die selbst schon früher in der Finanzverwaltung, beziehungsweise im Finanzministerium gearbeitet hatten. Die anderen hatte das ja auch alle gar nicht. Insofern war es so, dass einerseits sein politischer Status, aber auch seine persönliche Qualifikation entscheidend waren, dass die belgische Seite diesen Vorschlag machte, und der wurde dann von allen akzeptiert. Übrigens: Nicht die Gruppe entschied darüber, sondern der Ministerrat hat das entschieden.

[François Klein] Wie liefen die Arbeiten des Werner-Ausschusses ab? Welche Beziehungen bestanden zwischen dem Vorsitzenden Werner und den Mitgliedern der Gruppe und zwischen den Mitgliedern untereinander?

[Hans Tietmeyer] Erstens ist es so, dass ein Großteil der Mitglieder ja auch schon über ihre eigenen Ausschüsse – der eine war Vorsitzender des Ausschusses für mittelfristige Wirtschaftspolitik, der andere Vorsitzender des Ausschusses für Konjunkturpolitik, der andere Vorsitzender des Ausschusses der Notenbankgouverneure, der andere Vorsitzender des Ausschusses für Haushaltspolitik und so weiter ... Es gab schon von dorther gewisse Kontakte, immer, aber es ist so, dass ... ich will sagen, dass es eigentlich mehr der Input der Fachkenntnisse aus den verschiedenen Bereichen war, der eine entscheidende Rolle spielte, und Pierre Werner war der einzige, der sozusagen die politische Führungsebene nicht nur vertrat, sondern kannte, und insofern war es, glaube ich, sehr nützlich, dass in die Arbeit der Experten jetzt auch sozusagen die politische Führungsposition mit eingebracht wurde. Insofern war Pierre Werner ein Initiator und auch ein Moderator. Ein Initiator insofern, als er selbst ja auch die speziellen Fachkenntnisse mitbrachte, aber darüber hinaus auch politische Positionen vertrat, sozusagen die politische Ebene auch vertrat. Und auf der anderen Seite war seine Persönlichkeit darauf ausgerichtet, dass er moderieren konnte, das heißt ausgleichen konnte. Er konnte, wenn es Konflikte gab, die Dinge dann auch entsprechend ausgleichen, und zwar nicht ausgleichen nur durch seine Art und Weise, sondern auch durch seine Fachkenntnisse.

[François Klein] Vielleicht eine trivialere Frage, aber wie erinnern Sie sich an die Atmosphäre bei den Plenarsitzungen oder bei den Expertentreffen?

[Hans Tietmeyer] Also, ich kann nur sagen, in den Sitzungen wurde zwar offen geredet und klar geredet, nicht nur die diplomatische Sprache, aber es war doch so, dass es ein ... sehr bald sich ein Gemeinschaftsgefühl entwickelte aufgrund der gemeinsamen Aufgabe, denn alle Mitglieder waren sich der Aufgabe bewusst, und alle Mitglieder wollten dazu beitragen, dass Europa in Richtung einer Währungsunion, einer dauerhaft tragfähigen, stabilitätsorientierten Währungsunion vorankommt. Und insofern gab es doch einen guten Teamgeist in der Gruppe.

[François Klein] Welche Rolle spielten Sie persönlich?

[Hans Tietmeyer] Mein Status war ja der, dass ich zunächst einmal der Vertreter oder Begleiter des deutschen Mitgliedes, von Herrn Schöllhorn war. Und so hatte ja jedes Mitglied der Werner-Gruppe das Recht, einen Begleiter mitzubringen in die Sitzungen. In den Sitzungen selbst haben die Begleiter wenig gesprochen, aber die Begleiter wurden immer aufgefordert, zwischen den Sitzungen wiederum gemeinsame Papiere zu entwickeln, dazu beizutragen, gemeinsame Positionen zu finden. Und so gab es einen permanenten Kontakt, auch meinerseits, mit Morelli, dem damaligen Sekretär dieses Ausschusses in Brüssel, aber auch mit den anderen Kollegen aus den anderen Ländern. Insofern ... ich glaube, ich persönlich habe sehr intensiv an den Dingen mitgearbeitet und habe auch dazu beigetragen, dass es an bestimmten Stellen zu – wie ich glaube – tragfähigen Kompromissen gekommen ist.

[François Klein] Welches waren die schwierigsten Augenblicke bei den Arbeiten der Arbeitsgruppe, welche Themen waren besonders umstritten, und wie konnten die Uneinigkeiten überwunden werden?

[Hans Tietmeyer] Zunächst einmal gab es ja schon in den Stellungnahmen der einzelnen Regierungen beziehungsweise einzelner Minister unterschiedliche Positionen. Ich sage es einmal verkürzt: Da gab es auf der einen Seite die Gruppe der so genannten Ökonomen und auf der anderen Seite die Gruppe der Monetaristen. Die deutsche und vor allem aber auch die niederländische Position waren sehr stark immer davon geprägt, dass es zunächst eine ökonomische Gemeinsamkeit, eine höhere ökonomische Gemeinsamkeit geben müsse, bevor man zu einer währungsmäßigen stärkeren Einbindung kommen könnte. Während die Position der Monetaristen, die vor allem ja vertreten wurde von damals zunächst belgischer Seite, dann aber auch französischer Seite, und die luxemburgische Seite war zunächst auch sehr stark auf dieser Position, dass man anfangen müsste, die Wechselkurse aneinander zu binden, einen gemeinsamen Reserve- oder Devisenausgleichsfonds aufzubauen und von dorthin sozusagen durch die monetäre Bindung die wirtschaftliche Harmonisierung der Grundentwicklung zu erzwingen oder zu stimulieren. Das war die Position der so genannten Monetaristen.

Dieses waren die Ausgangspositionen, die sehr deutlich auch zum Ausdruck kamen in den Papieren, die die einzelnen Mitglieder schon nach der ersten Sitzung einbrachten. Denn es war in der ersten Sitzung ausgemacht worden, dass jedes Mitglied einen ... seine Vorstellungen vorlegt und diese Vorstellungen zunächst einmal allen mitteilt, damit man weiß, wie die Positionen sind. Und wenn man diese Positionen, diese Papiere sich genau ansieht, dann ist es sehr interessant, dass sie im Grunde diese Grundpositionen, die ich eben beschrieben habe, reflektieren. Und nachdem dieses transparent war, gab es viele Diskussionen, wie kann denn nun jetzt hieraus eine gemeinsame Position kommen.

Und ich will es verkürzt sagen: Die ökonomistische Position und die monetaristische Position hat sich zum Schluss getroffen, insoweit als man gesagt hat, es ist ein gemeinsamer Prozess, ein Prozess, der parallel sich entwickeln muss. Das Stichwort der Parallelität spielte eine große Rolle,

und ich will gleich sagen, dass Pierre Werner sehr bald in den Sitzungen dieses Stichwort immer wieder aufgriff: sozusagen eine parallele Entwicklung der wirtschaftspolitischen Integration und der monetären Integration und ihrer Bindung voranzutreiben, damit nicht die Position sich durchsetzte, mit mehr monetärer Bindung kann ich die wirtschaftliche Harmonisierung erzwingen, wie umgekehrt mit rein wirtschaftlicher ... wirtschaftspolitischer Harmonisierung kriege ich noch nicht ohne Weiteres eine Gemeinsamkeit im Währungsbereich hin.

Und insofern war eigentlich die Schlussmessage, die Schlussbotschaft des so genannten Werner-Berichtes – an dem ich ja nun für die deutsche Seite sehr mitgearbeitet habe, denn die genaue Formulierung, die wurde meist dann den Mitarbeitern überlassen, und so haben wir in bilateralen, trilateralen und multilateralen Gesprächen diese Texte immer wieder diskutiert und auch erarbeitet – ... und insofern ist die Schlussbotschaft die: Es muss ein Prozess der Parallelität sein, aber diese Parallelität, und das war immer einer der Streitpunkte, muss gesichert sein, auch durch entsprechende rechtliche Grundlagen ... Schaffung entsprechender rechtlicher Grundlagen und rechtlicher Bindungen.

Diese Position war es, die am Schluss des Werner-Berichts ... die nicht am Anfang stand, aber die am Schluss stand, aber die leider dann vom Ministerrat, dem offiziellen Gremium in Brüssel nicht akzeptiert wurde, weil vor allem die französische Seite erhebliche Probleme hatte, am Schluss weiteren supranationalen Bindungen zuzustimmen. Bernard Clappier, das war das französische Mitglied, hatte dem parallelen Grundsatz, dem Grundsatz der Parallelität, zwar zugestimmt und auch dem Grundsatz, dass es zu einer weiteren Entwicklung der supranationalen Bindungen kommen müsse, aber die damals noch sehr stark von gaullistischem Denken bestimmte Situation im französischen Parlament war so, dass die Pompidou-Regierung dort nicht eine Zustimmung bekam für eine solche, ich sage einmal, Bindung in Parallelität. Und da ist leider dieser Werner-Bericht nicht in seinem Kernbereich umgesetzt worden, sondern in seinem Kernbereich wurde er ... Es gab eine diplomatische, wunderschöne Formulierung, aber per Saldo, in der Substanz wurden neben schönen Worten ... gab es nur einen Punkt der Gemeinsamkeit, nämlich dass die Notenbanken aufgefordert wurden, stärker eine Zusammenarbeit im Wechselkursbereich in Gang zu setzen; eine Aufforderung, die die Notenbankgouverneure zwar gehört haben, aber die sie am Schluss nur begrenzt umsetzen konnten, weil die Divergenzen zwischen den Politiken der europäischen Länder, der sechs damaligen Gemeinschaftsländer schon groß waren, und dann gab es ja die Erweiterung 1973, und da hatten wir dann plötzlich neun Mitglieder schon, und übrigens später dann noch mehr, aber ich will damit nur sagen, diese Gruppe konnte sich nicht auf mehr einigen.

Im Gegenteil, es gab eine damals wichtige Entwicklung, die niemand so vorhergesehen hatte. Wir kannten zwar alle das Problem des britischen Pfundes und des Dollars aus den 60er Jahren. Aber im Jahre 1973/74 kam dann die berühmte Ölpreisexplosion hinzu, und diese Ölpreisexplosion löste in allen Ländern die Frage aus, wie soll man darauf reagieren? Und die Länder reagierten darauf sehr unterschiedlich. Und mit dieser Unterschiedlichkeit gab es keinen Konvergenzprozess, sondern eher einen wieder Divergenzprozess. Und so gab es dann immer wieder Wechselkursprobleme, die Kooperation, die so genannte Schlange im Hotel ... im Tunnel, Entschuldigung, im Tunnel – nämlich die Schlange, das heißt eine Verengung der Bandbreiten der europäischen Währungen, während der ... damals zunächst ja noch gegenüber dem Dollar eine größere Bandbreite war – ... dieses Konzept funktionierte nicht, es stiegen immer wieder ... gab immer wieder Anpassungen der Wechselkurse, es stiegen immer wieder Länder aus, dann wieder ein, und das war in den 70er Jahren eine neue Herausforderung, auf die es noch keine gemeinsame Antwort gab.

[François Klein] Zurück zum Werner-Bericht: Die Privatarchive von Pierre Werner zeigen eine enge Zusammenarbeit zwischen Werner und Baron Hubert Ansiaux, dem Vorsitzenden des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten, vor allem hinsichtlich der Idee, den Ausschuss um eine fachliche Stellungnahme zu bitten. Erinnern Sie sich an diese Begebenheit, und welche Erinnerungen haben Sie allgemein an den Grad der Einflussnahme durch den Ausschuss der Zentralbankpräsidenten?

[Hans Tietmeyer] Also, es ist so, dass es in der Tat eine enge Zusammenarbeit Baron Ansiaux und Pierre Werner gab, das ist klar, und Baron Ansiaux war der damalige Vorsitzende des Ausschusses der Notenbankgouverneure und in dieser Funktion in der Werner-Gruppe. Es ist richtig, dass Werner schon sehr bald darauf drängte, doch die Notenbankgouverneure zu bitten, einen Vorschlag zu entwickeln für eine Wechselkurszusammenarbeit. Und in der Tat, es ist dann eine Gruppe eingerichtet worden, eine Untergruppe in der Gruppe der Notenbankgouverneure mit den Experten der Notenbanken über die Fragen, wie kann denn überhaupt eine Wechselkurskooperation konkret aussehen. Und wir haben diese Berichte dann auch sowohl in der Entwurfsphase als auch in der Schlussphase in den Werner ... für den Werner-Bericht bekommen. Und der Schlussbericht ist ja als Anhang zum so genannten Werner-Bericht auch publiziert worden. Da ist, jetzt sage ich einmal, die technische Frage der Kooperation im Wechselkursbereich im Detail behandelt worden. Hier gab es – ich habe es während dieser Zeit immer wieder gehört – auch zwischen den Notenbanken zunächst sehr unterschiedliche Positionen. Ich habe damals von Herrn Emminger, dem damaligen Vizepräsidenten der deutschen Bundesbank, und dann auch von seinen Mitarbeitern, die in dem Ausschuss tätig waren, in dem Unterausschuss der Notenbankgouverneure, immer wieder erfahren, wie schwierig es ist, zu gemeinsamen Positionen zu kommen. Aber man ist zum Schluss zu einer Gemeinsamkeit gekommen, hat dabei auch viele Kompromisse gemacht, aber man muss redlicherweise sagen, dass selbst diese Kooperation dann in den 70er Jahren nicht so funktionierte, wie man sie sich vorgestellt hatte wegen der bereits angesprochenen Divergenzen der Politiken in den Mitgliedsländern aufgrund der Herausforderung durch die Ölpreisexplosion. Die Ölpreisexplosion hat nicht nur die Fiskalpolitiken, sondern natürlich vor allem die Geldpolitiken der Länder vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Wie sollen sie darauf reagieren? Und da hatte die Deutsche Bundesbank zu dieser Zeit eine Position eingenommen – die ich auch in der Substanz für richtig halte –, eine sehr starke Orientierung an dem Geldmengenziel zu haben. Diese wurde nicht von den anderen Zentralbanken so befolgt und akzeptiert, und es gab da Divergenzen. Und das Ergebnis war, dass wir immer wieder Wechselkursspannungen hatten und dass die Wechselkurse geändert werden mussten. Und erst im Jahre 1978/79 gab es dann eine neue Initiative durch den Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der einen Seite und den französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing auf der anderen Seite – die sich übrigens schon beide als Finanzminister kennen gelernt hatten –, und beide haben die Initiative in Gang gesetzt, diese Wechselkurszusammenarbeit in einen Vertrag hineinzubringen, in ein System hineinzubringen und dabei auch einige Sonderpositionen in Gang zu setzen. Das hat zunächst auch in Deutschland zu Spannungen zwischen Helmut Schmidt und der Deutschen Bundesbank geführt, denn Helmut Schmidt hatte zunächst eine stärker monetaristische Position, nämlich die Wechselkursbindung sollte im Grund die Politik, die nationale Politik dirigieren und erzwingen. Dann hat es aber eine Diskussion gegeben, eine in der deutschen Geschichte nicht ganz unbekannte Geschichte, nämlich dass der Bundeskanzler Schmidt im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank gewesen ist, dort seine Position vorgetragen hat, aber nicht die Zustimmung des Zentralbankrates zu all diesen Positionen gefunden hat. Und es gab den berühmten Brief von Herrn Emminger an die Bundesregierung, in [dem] gesagt wurde, wir können dem Ganzen nur zustimmen, wenn es keine Bindung in jeder Situation für die Geldpolitik gibt. Wenn die Geldpolitik in Konflikte gerät, dann muss es die Möglichkeit geben, die Interventionen einzustellen oder zu begrenzen. Diese Geschichte, die dann zu einer lockereren Lösung geführt hat – übrigens hat damals ein Gespräch stattgefunden mit Frankreich – ich erinnere mich noch sehr genau daran – im Jahre 1978 in Aachen, ein bilaterales Gespräch, und ich selbst habe an diesen Gesprächen noch teilgenommen. Und es wurde dann ein Kompromiss gefunden, ein Kompromiss gefunden, der zwar eine Kooperation im Wechselkursbereich vorsieht, aber sie ... entscheidend ist, dass da nicht die so genannte ... dass bilaterale Paritäten ... dass nicht die bilaterale Frage eine Rolle spielt, sondern dass das so genannte Paritätengitter, aber das ist jetzt technisch, das Paritätengitter eine Rolle spielt, das heißt, dass die stärkste Notenbank nicht gezwungen werden darf, übermäßige Interventionen vorzunehmen, die ihre eigene Geldpolitik in Gefahr bringen. Und nachdem es dann einen solchen Kompromiss gegeben hat, wurde dann auch das Europäische Währungssystem etabliert, übrigens zusätzlich

wurde dann auch vorgesehen, einen Reservefonds zu schaffen. Das ist eine nicht ganz unwichtige Geschichte. Aber leider müssen wir feststellen ... und dann kam noch hinzu, dass eine Zahlungseinheit eingeführt wurde, der so genannte ECU – die European Currency Unit. Dies war gerade von französischer Seite ein sehr wichtiger Punkt, der aber in der praktischen Wirklichkeit der 80er Jahre keine große Rolle gespielt hat. Und das Entscheidende ist, dass diese Bemühungen mit der Formalisierung des Währungssystems, der Vereinbarung von Wechselkurskooperation und der Einführung des ECU, dass dieses in der Substanz zunächst keine wesentliche Verbesserung gebracht hat. Wir hatten nämlich die Spannungen, 1979, 80, 81 noch in erheblichem Maße. Die eigentliche Entwicklung ist erst korrigiert worden ... oder die Korrektur begann im Jahre 1983, als Jacques Delors in Frankreich französischer Finanzminister wurde und er in der französischen Politik eine stärkere Stabilitätsorientierung durchsetzte. Erst dann begann sozusagen der mühselige Prozess der 80er Jahre, der dann später auch zur Währungsunion geführt hat. Aber die Historie ist natürlich lang, und es gäbe dazu vieles zu sagen, ich will aber hier Schluss machen.

[François Klein] In seinen Memoiren spricht Pierre Werner von seinen zahlreichen Gesprächen mit Jean Monnet darüber, ihre verschiedenen Einflüsse zu nutzen, vor allem bei den Deutschen und den Niederländern, um die Arbeiten der Werner-Gruppe, die sich mehrmals in einer Sackgasse befanden, zu einem guten Abschluss bringen zu können. Jean Monnet intervenierte beispielsweise mehrere Male bei Willy Brandt, vor allem zum Thema des Währungsausgleichsfonds. Erinnern Sie sich an solche Verhandlungen und Verabredungen, die von Jean Monnet angestoßen wurden?

[Hans Tietmeyer] Ich weiß das nicht, und ich will ganz offen sagen, dass ich auch mit Ausnahme von sehr allgemeinen Aussagen aus dem Bundeskanzleramt zu den Details der Verhandlungen in der Werner-Gruppe keinerlei Informationen oder Instruktionen bekommen habe. Auch Herr Schöllhorn hat das nicht bekommen. Insofern mag es zu dieser Zeit Gespräche gegeben haben auf der oberen politischen Ebene, aber die Grundposition auf deutscher Seite war mit dem so genannten Schiller-Plan aus dem Jahre, ich glaube, 1969 festgelegt, und ich habe vor Kurzem noch einmal einen Brief, eine Briefkopie gesehen, in der Herr Brandt sich bei Herrn Schiller noch einmal sehr herzlich für diesen Plan bedankt hat. Ich selbst habe das deswegen für interessant befunden, weil ich den Plan zum großen Teil selbst ausgearbeitet hatte. Aber es ist richtig, es gab zu dieser Zeit zwischen der holländischen Position und der deutschen Position auf der einen Seite und der Position auf der anderen Seite, der französischen und teilweise der belgischen – die luxemburgische Position ... Pierre Werner war immer ein bisschen neutraler –, da gab es Unterschiede, während zu dieser Zeit interessanterweise die italienische Position nicht sehr klar war, zu dieser Zeit.

[François Klein] Ein weiterer Beschluss des Haager Gipfels vom Dezember 1969 betraf das Ausloten von Wegen zur besseren Abstimmung im Bereich der Außenpolitik. Etienne Davignon wird mit der Federführung dieser Aufgabe betraut. Erinnern Sie sich an Kontakte zwischen den beiden Ausschüssen oder zwischen den beiden Vorsitzenden?

[Hans Tietmeyer] Nein, ich bin nicht involviert worden. Ich habe die Arbeiten der Davignon-Gruppe mit Interesse verfolgt und mal nachgesehen, ob es Konflikte hier gab, aber ich habe damals keine ernsthaften Konflikte zwischen den beiden Gruppen gesehen. Insofern habe ich das zwar mit Aufmerksamkeit verfolgt, aber es hat keine ... ich kann mich nicht an irgendwelche speziellen Konflikte erinnern.

[François Klein] Letzte Frage zum Werner-Bericht: Wie empfand die Werner-Gruppe und wie empfand insbesondere Pierre Werner die Aussetzung des Werner-Plans? Wie sah zu diesem Zeitpunkt die deutsche Position hinsichtlich der Währungskooperation oder -integration aus?

[Hans Tietmeyer] Also, Herr Werner war natürlich nicht glücklich, dass es nicht gelang, die Grundlinien des Werner-Plans oder des Werner-Berichtes, nämlich die Aufbauten auf parallelen

Ausrichtung ... parallelen Ausbau der wirtschaftspolitischen Kooperation und der währungspolitischen Kooperation, dieses durchzusetzen. Vor allem wurde ja von französischer Seite jegliche Entwicklung in Richtung Supranationalität, Ausdehnung der supranationalen Kompetenzen abgelehnt. Das hat Werner, soweit ich es erfahren habe, immer sehr bedauert. Aber ... Insofern war er nicht glücklich mit dem Ergebnis, das dann im Jahre 1971 nach langen Verhandlungen zustande gekommen ist. Wobei die Verhandlungen übrigens zum großen Teil damals über die Botschafter, die Ständigen Vertreter in Brüssel, gelaufen sind, und wir waren eigentlich ... wir alle, alle Mitglieder der Werner-Gruppe waren eigentlich immer doch betrübt darüber, dass wir feststellen konnten, das, was wir in der Werner-Gruppe an Gemeinsamkeit entwickeln hatten, das findet nicht die gemeinsame Zustimmung aller Mitgliedstaaten.

Auf deutscher Seite hätte es zu dieser Zeit die volle Unterstützung bekommen. Das ist gar keine Frage. Aber die Widerstände waren insbesondere nicht so sehr in der französischen Regierung, sondern im französischen Parlament noch zu finden, und zwar war das französische Parlament ja auch in doppelter Hinsicht durch den Gipfel von Den Haag betroffen. Auf der einen Seite ... man fürchtete mit der Ausweitung der Mitgliedschaft, insbesondere der englischen Mitgliedschaft ... fürchtete man, die französische Position zu verlieren. Und das zweite war, dass man auf keinen Fall weitere nationale Souveränität aufgeben wollte. Aber beides waren, wenn Sie so wollen, Elemente, die im Werner-Bericht letztlich in andere Richtungen anvisiert waren. Und ich gestehe, dass auf deutscher Seite damals die Vorstellung in Richtung ... einer Weiterentwicklung der Wirtschaftsgemeinschaft in Richtung einer politischen Union sehr wohl offen gesehen wurde und im Grundsatz auch befürwortet wurde.

Und das hat Werner immer sehr geschätzt, aber genau da, an dieser Stelle gab es damals den französischen Widerstand. Später hat Frankreich ganz andere Entwicklungen ... aber selbst das Wort „politische Union“, schon gar „Superstaat“, das sind bittere Worte, und für das französische Ohr, aber nicht nur für das französische Ohr.

Ich muss jetzt heute sagen – das ist aber jetzt eine aktuelle Situation –, inzwischen hat die Ausweitung der Gemeinschaft ja so Fortschritte gemacht, und es war wohl historisch notwendig, nach dem Fall der Mauer die osteuropäischen Staaten mit einzubeziehen, dass diese Gemeinschaft der Siebenundzwanzig, die wir jetzt haben, dass die ... ich sehe jedenfalls keinen Weg in Richtung einer politischen Union mit größerer supranationaler Kompetenz. Ich sehe das nicht, weder für den Währungsbereich noch für andere Bereiche. Insofern ist die heutige Situation Europas und der europäischen Integration nicht einfach vergleichbar mit dem, was damals in der Sechser-Gemeinschaft war. In der Sechser-Gemeinschaft hätte es vielleicht noch gerade die Möglichkeit gegeben. Das ist jetzt vorbei, und jetzt muss man andere Wege finden, und die sind dann ja auch später im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion mit den Vorbereitungen des Maastrichter Vertrages beziehungsweise der Delors-Gruppe geschaffen worden.

II. Der Delors-Ausschuss und der Vertrag von Maastricht

[François Klein] Zum Zeitpunkt der Arbeiten des Delors-Ausschusses, rund fünfzehn Jahre nach dem Werner-Bericht, waren Sie Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Inwieweit konnten Sie dadurch die Arbeiten des Delors-Ausschusses, der aus den Präsidenten der Zentralbanken bestand, mit Otto Pöhl als Vertreter für die BRD, verfolgen oder dazu beitragen?

[Hans Tietmeyer] Also, unmittelbar habe ich weder teilgenommen, noch konnte ich unmittelbaren Einfluss nehmen. Aber zunächst einmal muss man die Vorgeschichte, bevor es überhaupt zur Delors-Gruppe kam, beachten. Und hier will ich deutlich anschließen an das, was ich eben gesagt habe: Im Jahre 1983 hatten wir eine der schwierigsten Realignment-Verhandlungen über die Wechselkursstruktur insbesondere zwischen dem französischen Franc und der D-Mark. Wir haben

uns nach sehr harten Verhandlungen geeinigt, und das entscheidende war, dass seit dieser Zeit Frankreich im Grunde unter damals dem Finanzminister Delors eine stärker stabilitätsorientierte Innenpolitik, Fiskal- und Geldpolitik betrieben hat. Zunehmend. Das Ergebnis war, dass auch die anderen Länder sich diesem zunehmend insgesamt anschlossen und wir im Laufe der 80er Jahre weniger Realalignments hatten. Zu Anfang, in der ersten Hälfte, noch relative viele, aber je mehr wir über die 1985/85er-Grenze kamen, umso weniger wurden sie.

Das hing damit zusammen, dass in der Tat die ökonomische gemeinsame Orientierung stärker geworden war. Und dies war die Grundlage dafür, dass wir einen Neuansatz überlegten. Zunächst einmal – das will ich nur zur Erinnerung sagen – hat Jacques Delors, der dann ja Präsident ... der 1984 ja Präsident der Kommission wurde, einen Vorschlag für eine Neufassung des Vertrages vorgelegt, den so genannten *Single Act*. Und in diesem *Single Act* ist das Thema Wirtschafts- und Währungsunion zum ersten Mal im Vertrag angesprochen, aber zunächst nur in der Überschrift. Dann ist gesagt worden, die Kooperation im Europäischen Währungssystem soll weiter fortgesetzt werden, und im Lichte der Erfahrungen sollen dann Wege in Richtung einer Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen werden. Dann hatte Jacques Delors noch hinzugefügt – das will ich dazu sagen –, dass dann die Vertragsrevision nach Artikel 235 gemacht werden sollte. 235 heißt, dass nur der Ministerrat das entscheiden kann und keine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente mehr notwendig ist. Dies habe ich für problematisch gehalten, und ich erinnere mich noch sehr genau an eine Sitzung in Luxemburg, bevor es zu einer Einigung kam, in der ich den damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl überzeugen konnte, dass er durchsetzen müsse, statt Artikel 235 den Artikel 236 als Referenz zu bringen, nämlich 236 sagt, dass das Ratifikationsverfahren nach den nationalen Regeln für diese Vertragsänderung stattfinden muss. Das hat er durchgesetzt, Jacques Delors hat es akzeptiert, und ich hatte noch die Aufgabe, Frau Thatcher persönlich zu überzeugen, dass sie dem jetzt zustimmen könnte, denn sie war diejenige, die nicht wollte. Gut, wir sind dann den Weg gegangen, aber was ich sagen will, ist, das war 1985, und dann kam 1986/87 ... zeigte sich die französische Politik immer mehr interessiert – Herr Balladur, damals – an einer engeren Kooperation auch zwischen Deutschland und Frankreich. Es wurde dann zwischen Deutschland und Frankreich sogar ein gemeinsamer Wirtschafts- und Finanzausschuss eingerichtet, um die Dinge in Gang zu setzen. Und so fanden wir dann im Jahre 1988 zunehmend die Position, dass wir doch eine wachsende Konvergenz hatten. Und da kam dann der Gedanke auf: Sollen wir nicht eine neue Gruppe einsetzen, die jetzt einen neuen Vertrag vorbereitet? Und da hat es dann Gespräche gegeben, insbesondere zwischen Kohl und Mitterrand und Jacques Delors, der damals in Brüssel war, und es ist zu einer Einigung gekommen, eine neue Gruppe einzurichten, auf dem Hannover-Gipfel, ich glaube, 1989 oder 1988 ...

[François Klein] ... 1988 ...

[Hans Tietmeyer] ... und diese Gruppe – aber jetzt komme ich zu dem Punkt – sollte unter ... bewusst ... unter – das war Kohls Vorschlag – ... unter Vorsitz von Delors stattfinden. Erstens, weil Delors ein Franzose war, aber zweitens, weil Delors auch der Kommissionspräsident war. Und Mitterrand stimmt dem natürlich sofort zu. Und zweitens sagte Delors dann: „Aber dann möchte ich auch alle Notenbankpräsidenten da drin haben.“ Denn er wusste genau, wenn es nicht gelingt, die Notenbankpräsidenten mit an die gemeinsame Position zu bringen, dann wird es schwierig werden. Und so ist dann die Delors-Gruppe auf dem Gipfel in Hannover gegründet worden, beschlossen worden, unter dem Vorsitz von Jacques Delors, unter der Mitgliedschaft aller damals zwölf Notenbankgouverneure und von zusätzlichen drei Experten. Diese Gruppe hat dann ihre Arbeit nicht in Brüssel, nicht in Luxemburg, sondern in Basel vor allem vollzogen. Warum? Weil sich die Notenbankpräsidenten damals regelmäßig in Basel trafen, bei der BIZ. Und dort wurde auch das Sekretariat eingerichtet für diesen Ausschuss. Und der Vorsitzende kam dann immer von Brüssel nach Basel. Jetzt fragen Sie mich, ob ich auf diese Arbeiten Einfluss genommen habe? Ich habe mehrere Gespräche geführt in dieser Zeit, aber bewusst nicht darauf Einfluss nehmen wollen im engeren Sinne, denn – in der Tat – ich wusste, dass vor allen Dingen dadurch, dass der deutsche

Notenbankpräsident dort vertreten ist, sozusagen das Stabilitätsanliegen gut vertreten ist. Und so ist dann dort der Bericht im Jahre 1989 abgeschlossen worden.

Und zwar 1989 interessanterweise – jetzt inhaltlich. Und da hat der französische Notenbankpräsident damals zugestimmt – Jacques de Larosière. Zum ersten Mal hat ein französischer Vertreter in dem Ausschuss zugestimmt, dass eine supranationale, unabhängige Zentralbank geschaffen wird. Ein Thema, das wir immer wollten, aber das zunächst nicht akzeptiert wurde. Aber Jacques de Larosière hat sozusagen für Frankreich diese Position ... Es hat dann, als der Bericht vorlag, erhebliche Diskussionen in Frankreich gegeben. Es gab auch in der Regierung Positionen, die das nicht wollten. Aber Jacques de Larosière hat sich letztlich durchgesetzt und das ist die andere Situation als Clappier im Jahre 1970. Im Jahre 1970 hatte Clappier zwar einem Kompromiss im Werner-Bericht zugestimmt, aber kriegte nicht die Zustimmung der französischen Politik letztlich. Die ... im Delors-Bericht 1989 war ... Jacques de Larosière hatte dem zugestimmt, aber es hat dann heftige Auseinandersetzungen in Paris gegeben, was ich weiß, aber Paris hat am Schluss zugestimmt, und das war einer der entscheidenden Punkte.

Jetzt will ich aber noch einen zweiten Punkt nennen, den viele, bisweilen auch Historiker, manchmal fehlinterpretieren. Nämlich die Tatsache, dass es eine zeitliche Koinzidenz bei den folgenden Verhandlungen zwischen dem Thema deutsche Wiedervereinigung und der Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion gab. Zunächst einmal darf ich darauf hinweisen, dass der Bericht der Delors-Gruppe schon im Frühjahr 1989 vorgelegt wurde, als noch keineswegs erkennbar war, dass es im Herbst 1989 zum Fall der Mauer in Berlin kommt. Erst im Jahre ... Ende 1989 und im Jahre 1990 spielte das Thema deutsche Wiedervereinigung eine Rolle. Richtig ist, dass zu dieser Zeit auch die Verhandlungen über den Maastricht-Vertrag eine Rolle spielten. Insofern war es eine zeitliche Koinzidenz, eine zeitliche Parallelität, aber – und ich sage das eigentlich mehr für die Deutschen als für andere – in Deutschland gibt es ein Märchen oder eine, wie ich glaube, falsche Position, die oft vertreten wird, nämlich als sei die deutsche Zustimmung zum Maastricht-Vertrag und zur Einrichtung eines Euro der Preis gewesen ... und die Aufgabe der D-Mark ... ein Preis gewesen für die deutsche Wiedervereinigung. Dies ist nach meiner Erfahrung nicht richtig. Richtig ist, dass es die zeitliche Koinzidenz gegeben hat und dass es möglicherweise noch längere Zeit gedauert hätte, bis es zu einer gemeinsamen Position in Europa gekommen wäre.

Insofern, eine zeitliche Beschleunigung könnte ich akzeptieren, aber nicht eine substanzielle. Warum sage ich das? Weil ich zu dieser Zeit voll involviert war. Als nämlich der Delors-Bericht vorgelegt wurde, da kam er wieder in die Regierung hinein, und da war ich damals im Finanzministerium, und da habe ich vom ersten Tag an meinen damaligen neuen Minister Theo Waigel dazu gebracht, dass er in diese Richtung denkt. Er war ja in einer schwierigen Situation: In Bayern gab es damals erhebliche Widersprüche zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Und Theo Waigel war Vorsitzender der bayerischen CSU. Es war für ihn eine etwas schwierige Situation, aber wir sind diesen Weg gegangen, und ich bin dann im Jahre 1990 zur Bundesbank gegangen und habe dann aus der Sicht der Bundesbank die Verhandlungen mit begleitet im Maastricht-Vertrag. Mir kam es darauf an, im Maastricht-Vertrag eine Konstruktion zu haben, die tragfähig ist, die Stabilitätsorientierung bringt und tragfähig ist. Und insofern konnten wir zum Teil auf die Ergebnisse der Werner-Gruppe zurückgreifen. Aber nur zum Teil. Und das Konzept des Maastricht-Vertrages unterscheidet sich von dem Konzept, das wir im Werner-Bericht vorgelegt haben, in einigen wichtigen Punkten.

Erster Punkt: die Frage der Mitgliedschaft. Damals hatten wir im Werner-Bericht ... Natürlich wären wir davon ausgegangen, dass alle sechs Mitglieder das machen. Im Maastricht-Vertrag war von Anfang an klar, dass nicht alle Mitglieder es werden wollen ... Mitglieder werden wollen. Und zweitens, dass wir auch nicht davon ausgehen können, dass alle Länder schon die Voraussetzungen, die ökonomischen Voraussetzungen dafür erfüllen. Deswegen wurde im Maastricht-Vertrag ja nun eine Auswahl der Mitglieder vorgesehen, Auswahl der Mitglieder anhand von Konvergenzkriterien, die im Vertrag festgelegt sind. Das war das eine.

Das zweite: Es wurde – und das hatte der so genannte Bericht der Delors-Gruppe anders präsentiert als die Werner-Gruppe – ... Man hat nicht genügend, nach meiner Meinung, die

wirtschaftspolitische Kontrolle und die finanzpolitische Kontrolle parallel zur Vergemeinschaftung der Geldpolitik vorgelegt. Der Bericht der Delors-Gruppe hat zwar den Finger darauf gelegt, dass hier ein Problem ist, aber die Lösung, die dann im Maastricht-Vertrag gesucht wurde, war eine andere. Weil es zwar eine Bereitschaft von Frankreich inzwischen gab, die Geldpolitik zu supranationalisieren, nicht aber die nationale Fiskalpolitik. Nun hatten wir gesagt, schon bei der Auswahl der Länder, müssen die nationale Fiskalpolitik, der Schuldenstand und das Defizit so sein, und die Länder müssen sich qualifiziert haben über eine längere Entwicklung innerhalb des Wechselkursmechanismus und so weiter. Aber, und jetzt kommt doch der aus meiner Sicht sehr wichtige Punkt, dass es zwar im Maastricht-Vertrag eine Kontrolle der Fiskalpolitik auch nach dem Eintritt gab, aber dass diese Kontrolle meines Erachtens nicht effizient genug angelegt war, weil es eine gemeinsame Kontrolle war insbesondere. Die Entscheidung sollte von allen getroffen werden. Und ich habe vom ersten Tag an gesagt, an dieser Stelle ist eine Weichstelle der Konstruktion. Und ich erinnere mich noch sehr genau, dass dann die deutsche Seite ... Ich war wie gesagt bei der Bundesbank ... In der Zwischenzeit waren Theo Waigel und damals übrigens Horst Köhler diejenigen, die die Verhandlungen betrieben ... Und so ist dann zwar ein zusätzlicher Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbart worden, aber im Grunde ohne substantielle Änderung der rechtlichen Struktur. Und ich habe – das weiß ich noch sehr genau –, als dieser Vertrag abgeschlossen wurde im Jahr 1997, damals gesagt, dieser Vertrag ist nicht effizient genug, ich möchte gerne eine ... ich halte es für notwendig, dass wir hier eine neue vertragliche Grundlage zusätzlich schaffen, der Maastricht-Vertrag geht hier an dieser Stelle nicht weit genug. Und ich habe damals den Vorschlag gemacht, ein stärkeres fiskalisches Kontrollverfahren einzuführen auf der Basis eines neuen Vertrages, den ich als einen „Schengen-Type-Vertrag“ bezeichnet habe. „Schengen-Type“ heißt, nur die Länder, die teilnehmen, schließen diesen Vertrag. Er muss nicht in den Gesamtvertrag hinein, aber diese Länder schließen den Vertrag. Leider haben die damaligen Finanzminister dieses nicht akzeptiert. Ich bedaure das sehr, und inzwischen haben wir leider festgestellt, dass das einer der Schwachpunkte und Weichpunkte und Problempunkte des Euro geworden ist: nämlich die mangelnde Konvergenz in der Fiskalpolitik. Und das ist ein zentrales Problem, das jetzt auch adressiert werden muss.

[François Klein] Gab es dieses deutsch-französische Tandem? Jacques de Larosière erwähnt, dass er die Unabhängigkeit der künftigen Zentralbank akzeptiert habe, um die Zustimmung Karl-Otto Pöhl zur gemeinsamen Währung zu erhalten.

[Hans Tietmeyer] Also, ich bin nicht im Delors-Ausschuss selbst gewesen, insofern weiß ich das nicht ganz genau, aber ich weiß sehr genau, dass die Rolle von Jacques de Larosière entscheidend war, dass am Schluss die deutsche Seite und Herr Pöhl dem Delors-Bericht zugestimmt haben. Und zwar diese zentrale Frage war, eine unabhängige, supranationale Zentralbank zu schaffen mit einem klaren Stabilitätsmandat. Und insofern hat Jacques de Larosière eine wichtige Rolle gespielt im Delors-Ausschuss, indem er dieses durchgesetzt hat dort, und später zuhause in Paris, als der Bericht dann vorlag, dann ein – jetzt sage ich einmal – ein französisches Veto verhindert hat. Ich weiß, dass damals in Frankreich ernsthaft darüber diskutiert worden ist. Aber es ist so, dass Jacques de Larosière nach meiner Meinung eine zentrale Rolle gespielt hat in dieser Frage. Ich sage bewusst in der Frage der unabhängigen, supranationalen, mit klarem Stabilitätsmandat ausgestatteten Zentralbank. Das ist für mich ganz klar, und da hat er ein historisches Verdienst.

[François Klein] Obwohl Luxemburg in gewisser Hinsicht als Sitz der Finanzinstitutionen der Gemeinschaften gilt, wird schließlich Frankfurt als Sitz des Europäischen Währungsinstituts und später der Europäischen Zentralbank gewählt. Haben Sie an den Verhandlungen über diese Frage teilgenommen? Wie war der Verlauf, und was hat schließlich zur Entscheidung geführt?

[Hans Tietmeyer] Ich habe nicht daran teilgenommen. Um es deutlich zu sagen: Diese Entscheidung ist letztlich auf der Ebene der Staatspräsidenten und der Premierminister gefallen.

Letztlich war es so, dass vor allem Helmut Kohl derjenige war, der gesagt hat, wir können der deutschen Bevölkerung die Zustimmung zur Aufgabe der D-Mark nur zumuten, wenn umgekehrt die Europäische Zentralbank dann auch sozusagen an den Traditionsplatz Frankfurt kommen kann. Traditionsplatz für bestimmte Zentralbankpolitik. Insofern glaube ich, dass dieses Verdienst primär Sache von Helmut Kohl ist. Soweit ich weiß, ist darüber zwar auch zwischen den Ministern gesprochen worden, natürlich ist zwischen den Notenbankgouverneuren auch gesprochen worden, keine Frage. Aber die Entscheidung ist klar von den Staats- und Regierungschefs selbst getroffen worden und da hat Helmut Kohl dieses zum zentralen Thema gemacht.

Übrigens, ich kann Ihnen eine kleine Anekdote sagen: Damals, bevor die Entscheidung fiel, gab es natürlich viele Bewerbungen, nicht offizieller Art, aber von allen Ländern wurden Städte vorgeschlagen für ... Paris, London, Amsterdam, Den Haag, Mailand, Rom, Lyon, Luxemburg natürlich und so weiter. Aber ich will ganz deutlich sagen, als sich dann die Diskussion konzentrierte auf die Frage London, Paris oder Frankfurt oder Amsterdam – das war der letzte Kreis –, da hatte ich in London ein „After-Dinner-Speech“, und ich wurde da gefragt, wie ich denn dazu stehe. Da habe ich gesagt, ich will mich jetzt in die politische Entscheidung nicht einmischen, aber ich will Folgendes sagen, dass ich drei Kriterien für die Auswahl von großer Bedeutung halte. Erstens: Es muss eine Stabilitätstradition für die Währung geben. Damit waren einige weg. Zweitens: Es muss eine Unabhängigkeitstradition von der Politik geben. Damit waren die Standorte, in denen Regierung, Parlament und Notenbank an einem Ort sitzen, auch eigentlich draußen. Und dann fiel mir noch ein, das ist ... aber das könnte bedeuten, dass dann immer noch Den Haag sozusagen ... Amsterdam, Den Haag ... denn Amsterdam ... dass Amsterdam da immer noch eine Rolle spielen könnte, denn Amsterdam ist nicht Den Haag. Und dann habe ich gesagt: Und außerdem lieben Zentralbanker gute Weine, und deswegen sollte es ein Gebiet sein, in dem es in der Nähe gute Weinberge gibt. Ich gebe zu, Luxemburg hätte dieses Kriterium auch erfüllt, überhaupt keine Frage, aber ich glaube, Luxemburg ist nicht, das muss man sagen, sehr ernsthaft in dieser Konkurrenz in der Schlussrunde noch drin gewesen.

III. Die Vorbereitungen auf die gemeinsame Währung und die Bundesbank

[François Klein] Im Jahre 1991 werden Sie Vizepräsident der Bundesbank, von 1993 bis 1999 sind Sie deren Präsident, das heißt während dieser entscheidenden Zeit der Verhandlungen um die Vorbereitung auf die gemeinsame Währung. Sie haben die heikelsten Fragen in dieser Zeit schon angesprochen. Während Ihrer Zeit an der Spitze der Bundesbank haben Sie sich insbesondere für die Einrichtung von Mechanismen zur Gewährleistung einer Haushaltsdisziplin eingesetzt. Daher beginnen, kaum dass der Maastricht-Vertrag in Kraft getreten ist, haben Sie gesagt, Verhandlungen über den Stabilitäts- und Wachstumspakt, der schließlich 1997 verabschiedet wird. Warum bedurfte es eines solchen Pakts, was waren die wichtigsten Punkte in diesen Verhandlungen, und wo unterschieden sich die deutsche und die französische Position?

[Hans Tietmeyer] Ich habe schon einige Punkte angesprochen, aber ich will es noch einmal sehr deutlich sagen. Alle Historie zeigt, dass Währungsunionen oder Währungsgebiete meist in Schwierigkeiten gekommen sind durch erhebliche Divergenzen in den Fiskalbereichen der staatlichen Finanzen. Und insofern war für mich von Anfang an klar, dass das ökonomische Konvergenzthema vor allem auch von der Fiskalseite her flankiert und fundiert sein muss. Nicht nur in der Ausgangsposition, das heißt wenn ein Land überhaupt Mitglied werden kann, sondern auch hinterher. Und hier will ich sagen, dass dieses für mich im Vertrag von Maastricht nicht klar genug und deutlich genug gemacht worden ist, und der dann ausgehandelte Stabilitäts- und Wachstumspakt hat zwar einige verfahrensmäßige Verbesserungen gemacht, aber in der Substanz diese Sache nicht geändert. Und hier sage ich noch einmal sehr deutlich, ich hätte mir gewünscht,

dass wir damals einen neuen, zusätzlichen Vertrag der Währungsunionenländer nach dem Schengen-Muster gemacht hätten. Schengen-Muster meint nicht die Substanz, sondern meint das Verfahren. Leider ist das nicht gelungen, und ich habe damals schon gesagt, das wird eine der zentralen Herausforderungen sein. Und jetzt will ich aber dazu noch sagen: Meines Erachtens ist dann in der Folgezeit die Kommission in Brüssel nicht immer hart und scharf genug vorgegangen. Das hängt damit zusammen, dass die Kommission auch sehr stark unter politischen Einflüssen der Mitgliedsländer steht. Ich hätte mir gewünscht, dass die Kommission noch deutlicher gewesen wäre. Aber ich hätte mir auch gewünscht, dass die Europäische Zentralbank da den Finger früher hingelegt hätte. Sie hat es getan in einigen Aufsätzen, aber es ist nicht sehr deutlich gemacht worden.

Warum sage ich das? Weil nämlich eines der Grundprobleme dieser Euro-Konstruktion die ist, dass wir zwar eine gemeinschaftliche Geldpolitik haben und damit auch am kurzen Markt einen gemeinsamen Zins haben, aber an sich, solange es unterschiedliche Risikosituationen der Länder gibt, ist es nicht verständlich, warum die Märkte sozusagen diese Zinsen am kurzen Ende einheitlich, im Grunde auch über die langfristigen Zinsen, fünfzehn Jahre bis zwanzig Jahre, gemacht haben und keine ... nicht rechtzeitig *spreads* eingebaut haben. Das ist eine Fehlinterpretation der Banken dieser Konstruktion, aber leider muss ich auch sagen, dass die politischen Instanzen – und hier meine ich insbesondere die Kommission – nicht hinreichend darauf hingewiesen haben, dass hier ein Problem vorliegt. Und die haben die Märkte nicht mit dem Finger darauf hingezeigt.

Und ich halte es für außerordentlich wichtig, dass die derzeitige Krisensituation, die wir haben, in diesem Punkt zu einer Klärung führt. Entweder kriegen wir tatsächlich mehr verpflichtende Gemeinsamkeit, oder, wenn wir sie nicht hinreichend kriegen, dann muss das möglichst frühzeitig aufgedeckt werden, damit die Märkte – jetzt sage ich bewusst – dann mit Zinsdivergenzen eine gewisse Kontrolle in Gang setzen. Denn höhere Zinsen sind natürlich für einen Staat, der eine gewaltige Defizitentwicklung macht, ein dickes Problem.

Insofern ist hier ein gewisses Defizit nicht nur in der Konstruktion, sondern auch in der Präsentation gegeben, und ich halte es für außerordentlich wichtig, dass wir hier einen Schritt weiter kommen, und ich habe vor Kurzem einen Vorschlag gemacht, wenigstens einen unabhängigen „Council“ oder Rat einzustellen von Experten, die regelmäßig die Lage beurteilen und publizieren müssen. Für mich ist die Kommission bisher in dieser Frage nicht hinreichend wirksam. Wahrscheinlich kann sie es auch gar nicht, weil sie zu sehr unter dem politischen Druck der verschiedenen Länder steht. Aber warum ist das Griechenland-Thema, warum ist das Irland-Thema nicht rechtzeitig genug aufgelegt worden? Jetzt sind Rettungsmaßnahmen notwendig, keine Frage. Aber es müssen auch die Weichen gestellt werden für die Zukunft. Und das ist einer der wichtigen Punkte, denn hier ist ein Defizit, und ich habe auf dieses Defizit schon in den 90er Jahren und erst recht nach der Jahrtausendwende immer wieder hingewiesen und habe gesagt, dass das eine der zentralen Herausforderungen ist.

Ich gehe ich nicht so weit zu glauben, dass wir eine politische Union bekommen. Das glaube ich nicht. Aber die Zinskonvergenz, die es leider gegeben hat auch am langen Ende für die Staaten, die hat sich als problematisch erwiesen, weil sie es vielen Ländern zu leicht gemacht hat, die Defizite gewaltig auszudehnen und die Schuldenstände gewaltig auszudehnen, ohne damit von den Märkten bestraft worden zu sein.

[François Klein] Waren Sie an den Verhandlungen über die Ernennung des Präsidenten des Europäischen Währungsinstituts und später der Europäischen Zentralbank beteiligt?

[Hans Tietmeyer] Ja, beteiligt im Sinne dessen, dass wir Vorüberlegungen angestellt haben. Und natürlich war die Frage, wer soll das Europäische Währungsinstitut leiten. Und wir kamen zu dem Ergebnis – wir haben mehrere Gespräche geführt –, dass Herr Lamfalussy der richtige Ansatzpunkt war. Aber dann war ebenso klar, Herr Lamfalussy kann später nicht Präsident werden, weil er auch altersmäßig nicht die Voraussetzungen dafür mehr bringt. Und dann haben wir – und ich habe selbst

dort mehrere Gespräche geführt – als Nachfolger Wim Duisenberg in die Diskussion gebracht. Und wir haben dann gemeinsam, die Notenbankgouverneure, das dann vorgeschlagen, es hat sich dann bald ein Konsens herausgebildet, wobei mir immer klar war, ein Deutscher kann am Anfang nicht da sein, sondern das muss einer aus einem kleineren Lande mit einer gewissen Stabilitätstradition sein. Wim Duisenberg hat diese Rolle gespielt, und als dann die Entscheidung über die Einrichtung der Europäischen Zentralbank gefallen ist im Frühjahr 1998, da ist es so, dass dann in der Tat wir, die Notenbankgouverneure – und ich habe selbst dazu beigetragen –, uns darauf geeinigt haben, dass Wim Duisenberg doch dann der erste sein sollte, während die französische Seite großen Wert darauf legte, dass ein französischer Mann dorthin käme von Anfang an. Und es hat dann bei der Sitzung in Brüssel noch erhebliche Konflikte gegeben.

Am Schluss ist dann eine, man kann sagen, Kompromisslösung, aber wie auch immer, eine Lösung herausgekommen, dass Wim Duisenberg eine Erklärung abgegeben hat von sich aus, dass er nicht die vollen acht Jahre wahrnimmt, denn er ist schon alt, er kann nicht mehr auf Dauer, aber es wurde nicht festgelegt ein Termin, wie es später von französischer Seite immer wieder behauptet worden ist. Es wurde nicht ein Termin festgelegt, sondern es war die alleinige Entscheidung von Wim Duisenberg. Jetzt sage ich Ihnen sogar, warum dieses wichtig war. Wäre das nicht der Fall gewesen, wäre das ein Verstoß gegen den Vertrag gewesen. Und mit hoher Wahrscheinlichkeit wäre damals das deutsche Bundesverfassungsgericht zu einem negativen Votum gekommen, wenn dieser Fall dann zum Verfassungsgericht gegangen wäre. Und dann hätten wir eine Blockade gehabt. Aber so ist dann eine vernünftige Lösung zustande gekommen. Wim Duisenberg hat, ohne sich festzulegen ... Er hatte gesagt, ich werde wahrscheinlich aus eigener Entscheidung früher zurücktreten. Das Recht hat er. Und es bestand dann ein gewisser Konsens zwischen den Staatshäuptern, dass dann ein Franzose kommen wird, und man hat dann ja mit dem Präsidenten, mit dem jetzigen Präsidenten natürlich eine große, richtige Lösung gefunden, und er hat eine, wie ich glaube, hervorragende Leistung gebracht, ja.

IV. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Koordinierung der Wirtschaftspolitik

[François Klein] Das heißt, Sie kommentieren positiv den Vorschlag des Präsidenten der EZB, Jean-Claude Trichet, einer „europäischen Haushaltsunion“?

[Hans Tietmeyer] Das ist nicht die Frage der Haushaltsunion. Ich glaube, Haushaltsunion ist ja die Frage, ob es gemeinsame Haushalte gibt. Nein, einer hinreichenden Kontrolle. Und zwar einer Kontrolle, bei der ich im Zweifel bin, ob eine Kontrolle, die mit der Mehrheit der Mitgliedstaaten zustande kommt, effizient genug ist. Warum? Weil dann immer wieder Kompromisse gemacht werden. Und da möchte ich gerne eine unabhängige Instanz dazwischengeschaltet sehen, die auch publiziert und die auch die Signale an die Märkte rechtzeitig gibt. Insofern kommt es darauf an, was man unter dem Begriff Haushaltsunion versteht.

[François Klein] Die Währungsunion ist zwar ein Erfolg, es wird jedoch häufig auf das Fehlen einer echten Koordinierung der Wirtschaftspolitik oder einer Wirtschaftsregierung vor allem für die Interaktion mit der EZB hingewiesen. Ist das auf eine Schwäche der Verträge zurückzuführen, auf mangelnden politischen Willen ...?

[Hans Tietmeyer] Das Thema Wirtschaftsregierung spielte ja immer eine große Rolle, eigentlich schon im Werner-Bericht haben wir ja eine Zentralstelle vorgeschlagen, die ist dann im Delors-Bericht nicht aufgegriffen worden, und im Delors-Bericht hat man diese Thematik zur Seite geschoben, und damals hat auch die deutsche Seite sich gegen eine Wirtschaftsregierung gewandt mit dem Argument, dass die Wirtschaftsregierung zu leicht die Unabhängigkeit der Zentralbank

gefährden könne. Ich gestehe, dass dieses Argument mich nicht voll überzeugt hat. Es kommt entscheidend darauf an, was eine Wirtschaftsregierung tun kann und was [sie] tun soll und wie [sie] das tut. Ich sage jetzt zunächst einmal: Wenn eine Wirtschaftsregierung das Ziel hat, eine egalitäre Wirtschafts- und Finanzpolitik zu schaffen, in der sozusagen die Orientierung nicht an dem *best performer*, sondern an dem Durchschnitt stattfindet, dann halte ich das für eine sehr problematische Geschichte. Das bedeutet nämlich, dass wir dann in Europa mit Sicherheit an Wettbewerbsfähigkeit weltweit verlieren würden. Dass wir mit Sicherheit die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung gefährden würden. Es kommt also sehr darauf an: Erstens, was soll die Wirtschaftsregierung tun? Wie soll sie entscheiden? Und was sind ihre Maßstäbe? Und da will ich sehr deutlich sagen: Wenn der Maßstab ist, den Wettbewerb zu vergrößern, wenn der Maßstab ist, die Dynamik zu stärken, dann würde ich in der Tat sagen, ist das ein richtiger Punkt. Aber die Gefahr einer Egalisierung auf einem Durchschnittsniveau ist problematisch, denn das würde bedeuten, dass Europa seine *best performer* mit Sicherheit verlieren würde und dass wir dann insgesamt an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Welt erheblich verlieren. Wir dürfen nicht vergessen: Europa ist nicht allein auf der Welt. Europa ist Teil der gesamten Weltwirtschaft, und in der Weltwirtschaft gibt es ein hohes Maß an Wettbewerb, und hier muss sozusagen auch die innere Dynamik in der Wirtschaftsunion da bleiben. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Ich habe immer gesagt, eine Wirtschaftsunion, die auf eine Egalisierung der Politik hinausläuft und auf eine Egalisierung der Standards hinausläuft, halte ich für problematisch, sondern es muss eine Wirtschaftspolitik sein, die den Wettbewerb fördert, die den Wettbewerb untereinander in Gang setzt, die *incentives* gibt für die richtige Dynamik, das ist der entscheidende Punkt. Alles andere würde am Schluss zu einem negativeren Ergebnis für Europa führen. Europa würde zurückfallen im internationalen Wettbewerb.

V. Mitglieder und Nicht-Mitglieder des Euro

[François Klein] Wie wurden die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrags verhandelt? Wie wurden sie angewandt, und wie sollten sie künftig angewandt werden?

[Hans Tietmeyer] Also, hier muss man unterscheiden. Das erste ist die Definition. Hier wurde ... die wurde natürlich zwischen den Regierungen ... aber auch die Notenbanken haben sich in den verschiedenen Gremien indirekt da beteiligt, und ich habe selbst natürlich interne Gespräche geführt, nicht nur mit Bonn, sondern auch mit der französischen Seite, und wir haben doch damals ... gut, immer wieder ... am Schluss waren es Kompromisse. Es gab Positionen, wo wir härter hätten sein sollen, aber es gab dann Kompromisse. Die Konvergenzkriterien sind in der Substanz meines Erachtens richtig. Ich bin nicht ganz zufrieden mit der Interpretation und der Anwendung durch die Kommission bei der Auswahl der Kandidaten. Das gilt vor allem im Griechenland-Fall, an dem ich aber nicht mehr beteiligt war, weil ich inzwischen schon aus Altersgründen aus der Deutschen Bundesbank ausgeschieden war. Die griechische Entscheidung ist für mich unverständlich, und ich kann bis heute nicht verstehen, dass die Kommission, die Kommissionsdienststellen nicht die Täuschungsmanöver rechtzeitig entdeckt haben. Aber das ist so, und insofern will ich deutlich sagen, ich hoffe, dass daraus die Kommission auch gelernt hat für die Zukunft. Bei den neueren Mitgliedern, glaube ich, hat sie schärfer zugeschaut, und ich hoffe, dass das in Zukunft auch der Fall sein wird, aber es kommt nicht nur darauf an, die Auswahl der Länder vorzunehmen, sondern sie permanent zu regeln. Und jetzt will ich deutlich sagen, dass ich scharf kritisiere, dass die deutsche Seite mit der französischen Seite sich im Jahre 2004/2005 auf eine Revision im Sinne einer Erleichterung des Stabilitäts- und Wachstumspaktverfahrens geeinigt hat. Ich halte das für eine falsche Entwicklung, aber das ist nicht genug. Wir müssen eine Stärkung der regelmäßigen Überwachung haben. Da gibt es jetzt inzwischen verschiedene Vorschläge auf dem Tisch, und ich kann nur sagen, dass die Vorschläge aus meiner Sicht in die richtige Richtung zielen,

aber es kommt entscheidend darauf an, dass tatsächlich eine quasi-automatische Anwendung stattfindet. Ich weiß, dass das nicht populär ist, aber ich halte das für wichtig. Warum? Weil ich zu lange, über Dekaden, im Ministerrat gesessen habe, um zu wissen, wie dann am Schluss, wenn das nicht der Fall ist, es im Grunde immer eine Lösung gibt „Gibst du mir, geb ich dir“, und dann wird immer wieder verhandelt, und es kommt keine klare Kontrolle zustande. Wir brauchen eine schärfere, wir brauchen eine unabhängigere, und wir brauchen eine, wenn Sie so wollen, automatischere Kontrolle.

[François Klein] Wie stehen Sie zu den Staaten, die – wie das Vereinigte Königreich oder Schweden – einem Beitritt zur „Eurozone“ mehr als zurückhaltend gegenüberstehen?

[Hans Tietmeyer] Also, es war von Anfang an so, dass die Briten reserviert waren. Es ist dann im Ratifikationsprozess deutlich geworden, dass die Dänen sehr reserviert waren. Die Schweden haben diese Reservation nie sehr deutlich gemacht in den politischen Verhandlungen. Aber ich sag es mal so: Theoretisch kann natürlich jedes Land, indem es einfach bestimmte Auswahlkriterien nicht erfüllt – zum Beispiel Mitgliedschaft im Wechselkursmechanismus –, einfach die Voraussetzungen nicht erfüllen, und damit braucht es auch nicht Mitglied zu werden. Insofern: Die Schweden haben keine besondere Position, aber sie können, indem sie einfach bestimmte Kriterien nicht erfüllen, sich draußen halten. Also, ich bin der Meinung, jedes Land sollte die Freiheit haben. Es ist nicht so, dass ich eine Identität der Mitgliedschaft in der EU und der Mitgliedschaft in der WWU, in der Wirtschafts- und Währungsunion, für notwendig und gegeben halte. Das ist nicht der Fall. Wir werden damit noch lange leben, wahrscheinlich. Und die Länder selbst müssen entscheiden, ob ... diese Länder, ob sie die Voraussetzungen dafür schaffen wollen oder nicht.

[François Klein] Die Eurogruppe, die 1997 unter luxemburgischem Ratsvorsitz eingerichtet und durch den Vertrag von Lissabon offiziell anerkannt wurde, spielt eine immer wichtigere Rolle, vor allem in diesen Krisenzeiten. Was halten Sie von der Rolle und der Entwicklung dieser informellen Gruppe, in der ausschließlich Vertreter der Mitgliedstaaten der Eurozone vertreten sind?

[Hans Tietmeyer] Ich halte es für verständlich, weil es in der Tat eine politische Diskussion darüber zwischen den der Währungsunion angehörenden Staaten geben muss. Und ich halte es auch für richtig, dass es dafür einen Präsidenten gibt, und Jean-Claude Juncker macht diese Aufgabe ja gut, sehr gut. Das ist keine Frage, das heißt nicht, dass ich in jedem Punkte mit ihm übereinstimme. Zum Beispiel bei den Eurobonds-Vorschlägen bin ich nicht auf seiner Seite. Aber das lasse ich mal weg. Nein, ich glaube, das ist an sich schon ein richtiger Weg, aber viele Punkte sind letztlich ungeklärt. Nämlich: Wie könnte denn überhaupt noch eine stärkere, jetzt sage ich bewusst, konsistentere Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedstaaten an der Währungsunion erreicht werden? Konsistent nicht im Sinne der egalitären, nicht im Sinne der Durchschnittsorientierung, sondern im Sinne eines zwar Wettbewerbs, aber eines fairen Wettbewerbs. Und hier gibt es sehr wohl noch Fragen, über die ernsthaft diskutiert werden müsste. Die zweite Frage ist: Soll der Währungsbereich nach draußen eigentlich gemeinsam vertreten werden? Er wird gemeinsam vertreten durch die Europäische Zentralbank, das ist die eine Seite. Aber die politische Seite ist nicht bisher ernsthaft gemeinsam vertreten, zum Beispiel im Internationalen Währungsfonds und so weiter. Diese Fragen sind noch offen. Ich persönlich bin der Meinung, wenn wir die Eurokrise, die gegenwärtige Krisensituation richtig und vernünftig lösen und so, dass ein stabiles Fundament auch da ist, dann wird auch die Frage eines Tages kommen, wie soll denn nun die Außenvertretung des Euroraums politisch stattfinden. Ich würde es nicht für klug halten, die Diskussion jetzt zu führen, sondern zunächst einmal muss Europa aus der Krise herausfinden. Aber dann wird diese Frage mit Sicherheit auch wieder kommen. Denn sie ist ungelöst.

[François Klein] Was halten Sie von dem kürzlich von Deutschland und Frankreich unterbreiteten Vorschlag einer „Wirtschaftsregierung auf Ebene der Siebenundzwanzig“, die die Existenz von

„Mitgliedern erster und zweiter Klasse“ in Europa verhindern würde?

[Hans Tietmeyer] Also, wenn es dazu kommt, schön. Dann kommt es darauf an, was macht er. Ich persönlich halte es durchaus für nützlich, dass man auch über Wirtschaftspolitik miteinander redet, das kann man aber auch schon heute im Ecofin-Rat machen. Aber das ist sicher ganz nützlich, dass man miteinander darüber redet. Nur, ich bin sehr im Zweifel, ob es dort verbindliche Beschlüsse geben wird. Sehr viele verbindliche Beschlüsse wird es nicht geben, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass zum Beispiel etwas, was ja sehr wichtig wäre, Fragen des Steuerwettbewerbs, nicht eine unbedingt egalitäre Lösung, aber wohl eine stärker wettbewerbsorientierte Lösung käme, die einen fairen Wettbewerb bringt. Denn manche Steuerregelungen sind problematisch. Ich bin darüber hinaus sehr der Meinung, dass es klug ist, die Aufsichtsbehörden in Europa, die finanziellen Aufsichtsbehörden in Europa stärker kooperieren zu lassen und zu gemeinsamen Entwicklungen zu kommen. Da [sind] ja jetzt durch die Zusammenfassung der Aufsichtsbehörden Wege in Gang gekommen. Darüber hinaus ist jetzt sogar ein so genannter *systemic council* geschaffen worden oder ein *systemic body*, ich weiß es gar nicht, *council*, glaube ich, der sich mit den Systemfragen zwischen monetären und Aufsichtsfragen beschäftigt. Dies halte ich alles für nützlich, aber ich bin sehr im Zweifel, wenn beispielsweise die 27er-Wirtschaftsregierung sich bemühen wollte, die sozialen Sicherungssysteme anzugleichen. Denn das würde nicht zu einem verstärkten Wettbewerb, auch nicht zu einem faireren Wettbewerb a priori führen. Gewisse Punkte, ja. Aber andere Punkte könnten sehr schnell zu neuen Ungleichgewichten führen. Also, meine Antwort ist, um es deutlich zu sagen, nicht so, dass ich begeistert bin für diese Lösung. Es kann ein nützlich Ansatzpunkt sein, ja. Aber für viel wichtiger halte ich, innerhalb des Währungsgebietes selbst die Fiskalkontrolle effizient zu machen und die Aufdeckung von Divergenzen in die Öffentlichkeit durch unabhängige Instanzen zu bringen. Das halte ich für sehr viel wichtiger, weil dann die Marktkontrolle auch stärker stattfindet, die leider in der Währungsunion für den staatlichen Bereich nicht stattgefunden hat. Per Saldo haben alle Staaten, gleichgültig, wie sie sich verhalten haben, lange Zeit ähnliche oder gleiche Zinsen gehabt, und das ist im Grunde nicht richtig. Das ist richtig für den Geldmarkt, aber nicht richtig für den Kapitalmarkt, für die Normalfinanzierung der öffentlichen Haushalte.

VI. Die Rolle der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

[François Klein] Von 1993 bis 1998 waren Sie Vizepräsident des Board der BIZ. Die BIZ war insbesondere Sitz des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten, hat das Funktionieren der Währungsschlange und anschließend des EWS gewährleistet und war Sitzungsort für die Sitzungen des Delors-Ausschusses. Wie sehen Sie die Rolle der BIZ in der Wirtschafts- und Währungsunion?

[Hans Tietmeyer] Ich glaube nicht, dass die BIZ eine besondere Rolle in der Wirtschafts- und Währungsunion hat, denn sie ist zunächst einmal der Ort des regulären Zusammentreffens der Notenbankgouverneure weltweit. Und dieses ist sehr wichtig, der informelle Austausch. Aber jetzt komme ich zum Euro. Darüber hinaus bietet er auch den Euro-Notenbankpräsidenten, angefangen von Jean-Claude Trichet bis hin zu den Notenbankpräsidenten der anderen Länder, die Möglichkeit des informellen Gespräches untereinander. In Basel finden viele bi-, tri-, quatrolaterale Gespräche immer wieder statt. Dieses regelmäßige Zusammentreffen in Basel in anderen Gremien, nicht in einem speziellen Euro-Gremium aber gibt die Möglichkeit, auch bilaterale Gespräche zu führen. Und das halte ich in der Tat für wichtig. Neben dem Telefon haben Sie so auch die Möglichkeit, bilaterale, trilaterale, quatrolaterale Gespräche informeller Art zu führen, aber nicht Entscheidungen zu treffen, um das zu sagen, wohl aber miteinander zu kommunizieren.

VII. Die Zukunft des Euro

[François Klein] Der „Delors-Bericht“ und der Vertrag von Maastricht sehen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und die Priorität der Wahrung der Preisstabilität in der Euro-Zone vor, sowie, ohne dieses Ziel zu beeinträchtigen, die Gewährleistung eines nachhaltigen und ausgewogenen Wachstums. Diese beiden Elemente werden heute bisweilen in Frage gestellt. Hat sich die deutsche Position seit jener Zeit verändert? Und wie sehen Sie persönlich dieses Thema, insbesondere die Währungspolitik der EZB?

[Hans Tietmeyer] Also, die deutsche Position hat sich, glaube ich, nicht verändert, um das zu sagen. Denn es war und ist die deutsche Position, dass sozusagen die Grundlage auch eines gesunden Wachstumsprozesses immer die Stabilität ist. Ohne Stabilität wird es keinen dauerhaften, gesunden Wettbewerb und Wachstum geben. Das ist die Ausgangsposition. Und das ist auch die Position, die in den Vertrag hineingebracht worden ist und an der ich selbst so lange mitgewirkt habe, nämlich: Die Aufgabe, die dominante Aufgabe der unabhängigen Zentralbank muss die Stabilität sein. Es gibt immer wieder die Diskussion, sollten wir nicht die amerikanische Lösung nehmen? Dort heißt es Stabilität und *employment*. Ich halte das für problematisch, denn per Saldo ist es so, dass es keinen wirklichen Wettbewerb dazwischen gibt, zwischen diesen Positionen, sondern wenn Stabilität da ist, dann ist das eine wichtige Grundlage, und wenn Stabilität nicht gegeben ist, dann fehlt eine zentrale Grundlage, auch für die Entwicklung von Beschäftigung und Wachstum. Insofern will ich deutlich sagen, ich halte es nach wie vor für richtig, dass die Priorität der Geldpolitik gebunden ist an den Stabilitätsauftrag. Übrigens, sonst würde auch sehr schnell die Frage aufkommen, kann es dann überhaupt noch eine unabhängige Zentralbank geben? Denn dann würden natürlich die Parlamente, die Politik insgesamt sagen: Da müssen wir mitreden. Insofern ist es auch eine Selbstbeschränkung, wenn Sie so wollen, der Zentralbanken. Sie müssen mit ihrer Politik vor allem für die dauerhafte Stabilität sorgen. Und das halte ich heute und morgen genauso für richtig wie in der Vergangenheit. Und ich habe den Eindruck, dass inzwischen der Konsens, der ursprünglich überhaupt nicht da war, inzwischen doch größer ist. Er ist schon sehr groß innerhalb der Europäischen Zentralbank, aber nicht nur innerhalb der Europäischen Zentralbank, sondern auch zwischen den Regierungen. In Europa ist heute Währungsstabilität ein wichtiger Punkt. Das war es keineswegs immer, in den 60er, 70er, 80er Jahren war das zunächst überhaupt nicht der Fall. So, und insofern, muss ich sagen, ist die Einrichtung der Europäischen Zentralbank ... ihre Grundorientierung war auch richtig, und sie hat eine Reputation geschaffen, und das ist für den Euro von zentraler Bedeutung, und zwar nicht nur für den Euro, sondern als Grundlage auch für den Wachstums- und Arbeitsmarktprozess.

[François Klein] Fürchten Sie nach der Finanzkrise und nach der Staatsschuldenkrise um das Überleben des Euro? Wäre eine Umkehr möglich?

[Hans Tietmeyer] Also, um es vorab zu sagen, ich habe früher immer gesagt: Der Weg in den Euro ist eine Einbahnstraße. Und ich halte das nach wie vor für richtig. Das war ja eine der Kontroversen, die wir hatten, indem wir ja schon in den 60er, 70er, 80er Jahren immer wieder auch Diskussionen hatten, lasst uns doch den Anfang mal machen, und dann können wir, je nachdem, wie wir lernen, dann das korrigieren. Ich habe von Anfang an gesagt: Nein, wir müssen ein stabiles Fundament haben, das ist eine Einbahnstraße, einen Weg zurück gibt es im Grunde nicht. Denn wenn der Weg zurück [führen] würde, dann ist es eine katastrophale Entwicklung. Das würde für Europa, für die europäische Wirtschaft eine katastrophale Entwicklung sein. Deswegen sage ich sehr deutlich: Der Euro darf nicht zurückgedreht werden, sondern er muss auf eine stabilere, dauerhafte Grundlage ... Wir müssen die Schwächen, die wir haben, die wir entdeckt haben, die wir zum Teil früher schon entdeckt haben, die aber jetzt evident geworden sind, die müssen jetzt adressiert werden. Das Ideal, das wir ursprünglich vorhatten, das in eine europäische politische Union zu bringen, das Ideal wird

es nicht mehr geben. Deswegen haben wir die Auswahl der Länder. Nicht alle Länder nehmen teil. Deswegen haben wir auf der einen Seite nur die Supranationalität der Zentralbank, aber wir brauchen ein höheres Maß an Fiskalkontrolle und an sozusagen wettbewerbsorientierter Politik der an der Währungsunion teilnehmenden Staaten. Das ist einer der zentralen Punkte. Ich bin sehr im Zweifel, dass das gelingen würde, wenn wir sozusagen alles einfach auf die Ebene der Währungsunion bringen würden und dort eine Wirtschaftsregierung, die für all das Verantwortung trägt. Das wird es nicht sein.

[François Klein] Sind Sie heute der Ansicht, dass der Euro zum Wohlstand Deutschlands und Europas beigetragen hat?

[Hans Tietmeyer] Insgesamt ja. Ich sage aber deutlich, dass Deutschland zunächst vor besondere Schwierigkeiten gestellt war. Das hing zusammen auch mit der deutschen Wiedervereinigung, die ja parallel sich dazu vollzog in den 90er Jahren. Und zweitens aber auch, indem Deutschland zwar die Vorteile des Euro im Sinne der Wettbewerbsegalisierung gewann, aber seine Privilegien, die mit der D-Mark verbunden waren, nämlich für Investoren, verlor. Diese Position, mit der war Deutschland nach der Einführung der Währungsunion konfrontiert. Ergebnis ist, dass bei uns Wachstumsschwächen auch deutlich wurden. Warum? Weil viele Investoren jetzt genau so gut auch in anderen europäischen Ländern investieren konnten, und nicht nur in Deutschland. Und dann hat aber Deutschland, und das würde ich doch sagen, die deutsche Politik, nach vielen Auseinandersetzungen, den Mut gehabt, erhebliche Korrekturen durchzusetzen. Wobei auch die Regierung unter Kanzler Schröder eine erhebliche Rolle gespielt hat und auch die deutschen Gewerkschaften erheblich dazu beigetragen haben, indem sie in der Lohnpolitik bereit waren, die neuen Verhältnisse zu beachten und zukunftsorientiert zu operieren. Und ich glaube, dass die Tatsache, dass Deutschland heute relativ günstig aus der Krise jetzt herauskam, das Ergebnis sowohl des internen Reformprozesses ist, der auch vom Euro mit in Gang gesetzt worden ist, aber zweitens auch die Tatsache, dass wir in einem größeren Verbund leben. Nur, dieser größere Verbund, der Euro-Verbund muss dauerhaft lebensfähig sein und stabilitätsorientiert sein. Das ist wichtig. Das heißt nicht, dass Deutschland ein alleiniges Beispiel ist, das wäre falsch. Luxemburg ist mit Sicherheit ein anderes Beispiel. Da könnte man jetzt durch jedes Land gehen. Aber wir sollten jetzt nicht die falschen Schlussfolgerungen ziehen und glauben, dass sozusagen eine Abschaffung oder Reduzierung des Euro das Problem lösen könnte. Im Gegenteil. Entscheidend ist, der Euro braucht eine richtige Grundlage, und dazu müssen die Länder in ihren Politiken stärker sich wettbewerbsfähig machen. Um es noch deutlicher zu sagen: Ich glaube nicht, dass eine egalitäre Politik das Richtige wäre, aber ich glaube, dass es einen Wettbewerb der Politiken untereinander – wer kann's am besten, wer macht es am besten, und dann muss man auch lernen von dem anderen – ... dass das in der Tat uns alle voranführen würde, das ist ein sehr wichtiger Prozess. Europa steht insofern in einer kritischen Übergangsphase. Falsche Weichenstellungen jetzt könnten uns sehr gefährlich werden auf die Dauer, sowohl im internationalen Wettbewerb als auch im inneren Zusammenhang. Aber auf der anderen Seite: Ohne weitere Bemühungen, den Prozess der Konvergenz in der Substanz voranzutreiben, das würde auch sehr gefährlich sein. Deswegen glaube ich in der Tat, wir stehen in einer kritischen Phase, in der es darauf ankommt, wie die Antworten sein werden, und zwar die Antworten auf der einen Seite der Europäischen Zentralbank und auf der anderen Seite aber vor allen Dingen der nationalen Regierungen und nationalen Parlamente. Die müssen ihre Wirtschaften wettbewerbsfähiger machen, das ist unausweichlich.

[François Klein] Herr Präsident, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

[Hans Tietmeyer] Bitteschön!